

Postulatvon Roger Liebi (SVP)
und Markus Schwyn (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig sämtliche anfallenden Kosten, wie z.B. bis dato erlassene oder vergünstigte Mietkosten bei Vorlagen an den Gemeinderat einbezogen werden können, so dass über die Gesamtsubventionierung inklusive aller Nebenkosten entschieden werden kann.

GR Nr. 2003 / 75

Begründung:

Durch Mietzinsvergünstigungen an meist kulturelle oder soziale Institutionen entstehen der Stadt Zürich laut Interpellationsantwort 2000/538 Mindereinnahmen von mehreren Millionen, welche nicht offen als Subventionen ausgewiesen werden und über deren Gewährung der Gemeinderat nicht befinden kann. Es ist ferner zu befürchten, dass noch weitere, versteckte Subventionen gewährt werden.

Im Sinne grösstmöglicher Transparenz und Gleichberechtigung bei allen Subventionsempfängern ist zur Beurteilung von Subventionen an Dritte durch die Stadt Zürich deshalb die Summe aller geldwerten Leistungen zu berücksichtigen.

